

## Wirtschaftskontakte versus Realpolitik: Israel und Ost- und Westdeutsche in der Außenwirtschaft

Im Mai 2005 blickten Israel und die Bundesrepublik Deutschland auf Konferenzen und Festveranstaltungen in beiden Staaten auf vierzig Jahre diplomatische Beziehungen zurück: aus den vorsichtigen Annäherungsgesprächen der fünfziger Jahre hatte sich eine stabile Partnerschaft entwickelt, deren Träger um die Spezifika des Verhältnisses beider Staaten wussten. In tiefer gehenden Analysen wurde dargelegt, dass die Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik und des Nahen Ostens stets eng verknüpft war.<sup>1</sup> Beide deutsche Staaten rangen in einer in Ost und West politisch-ideologisch, militärisch und wirtschaftlich polarisierten Systemauseinandersetzung um internationale Akzeptanz und Integration.

Der Nahe Osten wurde zu einem Zentrum machtpolitischer Interessen und Rivalitäten der Großmächte und des Kalten Krieges. Während sich die Bundesrepublik mit dem Luxemburger Abkommen von 1952 zur Wiedergutmachung an Israel und dem jüdischem Volk bekannte und so den Weg für ihre Westintegration und internationale Anerkennung bereitete, verfolgte die DDR – eingebettet in die Bestrebungen der UdSSR, durch Ausweitung des proklamierten Modells des „realen Sozialismus“ ihren Einfluss im Nahen Osten auszudehnen – die Strategie der Annäherung an die arabischen Staaten und der Unterstützung der Palästinenser zur Ostintegration.<sup>2</sup> Die Sowjetunion erklärte 1955 offiziell den Zweiten Weltkrieg für beendet. Die DDR-Regierung verabschiedete sich von der Zielstellung eines vereinten deutschen Staates, trat dem Warschauer Vertrag bei und erweiterte schrittweise ihren außenpolitischen

---

1 Vgl. K. Hafez, Von der nationalen Frage zur Systempolitik: Perioden der DDR-Nahostpolitik, 1949–1989, in: *Orient*, 36 (1995) 1, S. 77-94.

2 Siehe A. Timm, Das Verhältnis der osteuropäischen Staaten zu Israel, in: R. Bernstein, J. Böhme (Hrsg.), *Ein nationalbewußter Jude muß Linker sein*, Frankfurt a. M. 1994, S. 60-73; P. Brod, *Die Antizionismus- und Israelpolitik der UdSSR. Voraussetzungen und Entwicklung bis 1956*, Baden-Baden 1980; G. Golan, *Soviet Policies in the Middle East. From World War II to Gorbachev*, Cambridge 1990; M. A. Goodman, C. M. Ekedahl, „New Directions“ in the Middle East, in: *The Middle East Journal*, 42 (1988) 4, S. 571-586; J. Govrin, *Jechasej Jisrael – Brit ha-Mo'azot. Mi'et chiduscham b-schnat 1953 ad nitukam b-schnat 1967* (Die israelisch-sowjetischen Beziehungen. Von ihrer Wiederaufnahme 1953 bis zur ihrem Abbruch 1967), Jerusalem 1990.

Spielraum. Der Bau der Berliner Mauer 1961 gilt als realpolitische Zäsur in der Abgrenzung zwischen beiden deutschen Staaten. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges festigten sie ihre Position in Nahost, und die Bundesrepublik musste ihren Alleinvertretungsanspruch letztendlich aufgeben.

Die Bundesrepublik nahm 1965 diplomatische Beziehungen zu Israel auf, die DDR zu Ägypten 1969, also nach dem Nahostkrieg vom Juni 1967.<sup>3</sup> Sowohl die Bundesrepublik als auch die DDR wurden 1973 Mitglieder der Vereinten Nationen. Als sich der damals führende arabische Staat, Ägypten, zunehmend den westlichen Industriestaaten annäherte, sank der Einfluss der Sowjetunion in der Region. Nachdem Israel und Ägypten 1979 einen Friedensvertrag abgeschlossen hatten, spielten die USA politisch und rüstungswirtschaftlich eine größere Rolle in der Region.

Die DDR artikulierte ihr eigenes außenpolitisches Interesse an einer Veränderung der Beziehungen zu den USA, einschließlich von Wirtschaftsbeziehungen. Sie modifizierte ihre Außenbeziehungen und ging im Nahen Osten wesentlich pragmatischer vor. In den achtziger Jahren, gezeichnet von eigenen wirtschaftlichen und politischen Problemen, unterstützte die DDR-Regierung weiterhin die Palästinensische Befreiungsbewegung, PLO. Doch ging ihr politischer Einfluss – wie der der Staaten des Ostblockes überhaupt – zurück.

Ende der achtziger Jahre nahm die DDR schrittweise Verbindung zu offiziellen Stellen in Israel auf. Bis zum Ende des ostdeutschen Staates am 3. Oktober 1990 bestanden zwischen Israel und der DDR keine diplomatischen Beziehungen. Ungeachtet des Fehlens offizieller Beziehungen wurden dennoch auf politischer Ebene Kontakte gepflegt, und nicht nur dort. Als Minimalbasis für das Verhältnis zwischen beiden Seiten in dieser Zeit scheint gegolten zu haben, dass die DDR-Regierung das Existenzrecht des Staates Israel im Nahen Osten nie in Frage stellte.

Dieser Beitrag widmet sich einem Bereich, der in der Forschung zur Nahostpolitik der DDR weitgehend unterbelichtet geblieben ist – den wirtschaftlichen Interaktionen und der Abwicklung von Handelsgeschäften zwischen der DDR und Israel. Untersucht werden Zielstellungen und

---

3 Zur deutschen Politik in Nahost siehe u. a.: N. Hansen, Aus dem Schatten der Katastrophe. Die deutsch-israelischen Beziehungen in der Ära Konrad Adenauer und David Ben Gurion, Düsseldorf 2002; M. A. Weingardt, Deutsche Israel- und Nahostpolitik. Die Geschichte einer Gratwanderung seit 1949, Frankfurt a. M. 2002; N. Sagi, Wiedergutmachung für Israel. Die deutschen Zahlungen und Leistungen, Stuttgart 1981; Walid Omar, Die wirtschaftlichen Aspekte der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Israel seit 1966, Berlin 1982 (Diss.); A. Neustadt, Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik, Frankfurt a. M. 1983; L. Feldman, The Special Relationship between West Germany and Israel, Boston 1984.

Charakter der wirtschaftlichen Verbindungen im Gesamtsystem der Außenkontakte beider Staaten, auf welchen Wegen diese inoffiziellen und informellen Beziehungen geführt wurden sowie welchen politischen und ökonomischen Hintergrund diese Geschäfte angesichts der offiziell proklamierten antizionistischen Position der DDR und der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatten.<sup>4</sup>

### Deutsch-deutsche Lage und Nahost

Einer weit verbreiteten Meinung nach – sowohl in Israel als auch in Deutschland – wird die Haltung des einstigen ostdeutschen Staates überwiegend als einseitig pro-arabisch und pro-palästinensisch, aber anti-israelisch bewertet. Diese Einschätzung ist jedoch zu pauschal und zu undifferenziert.<sup>5</sup> Sie berücksichtigt weder den Einfluss und die Entstehungsbedingungen der Gründung der DDR als dem anderen deutschen Staat neben der BRD und das innerdeutsche Gefüge, noch die determinierende Wirkung der Auseinandersetzungen zwischen den beiden Block- und Bündnissystemen der USA, der NATO und deren Partnern auf der einen Seite, und der UdSSR, den Staaten des Warschauer Vertrages und deren Verbündeten auf der anderen Seite. Das Verhältnis Ostdeutschlands zu Israel stand stets im Spannungsfeld der politischen Außenbeziehungen beider Staaten jeweils auf internationaler, auf regionaler und auf bilateraler Ebene. Zudem prägten innenpolitische Zielstellungen, wirtschaftliche Realitäten und gesellschaftliche Erfordernisse die Gestaltung der Außenverbindungen.

Sowohl die DDR als auch Israel waren als Staaten im Ergebnis des Zweiten Weltkrieges unter der maßgeblichen Mitwirkung externer Akteure und Großmächte entstanden. Ohne die Unterschiede zu verwischen, hatten die politischen Eliten teilweise mit vergleichbaren Ausgangsproblemen umzugehen. So rangen die Regierungen beider Staaten um innergesellschaftliche Konsolidierung, internationale Akzeptanz und den Aufbau effizienter, integrierter Außenwirtschaftsbeziehungen. Ihre Länder verfügten über wenige Kapitalressourcen und waren roh- und brennstoffarm und permanent vom Ressourcenzufluss aus dem Ausland

---

4 Ausführlicher dazu siehe meinen Beitrag: Geschäfte ja, Beziehungen nein: Israel und zweierlei Deutsche in der Außenwirtschaft, in: W. G. Schwanitz (Hrsg.), *Amerika, der Mittlere Osten und das geteilte Deutschland*, Berlin (in Vorbereitung).

5 Siehe dazu die Einschätzung des ehemaligen stellvertretenden Außenministers der DDR, Heinz-Dieter Winter, *Bemerkungen zur DDR-Politik gegenüber Israel*, in: *asien. afrika. lateinamerika*, 21(1993), S. 153-163; außerdem: P. Dittmer, *DDR und Israel. Ambivalenz einer Nichtbeziehung. Teil I*, in: *Deutschland Archiv*, 10 (1977) 7, S. 736-754; *Teil II*, in: *Deutschland Archiv*, 10 (1977) 8, S. 848-861.

abhängig; zudem bedingten flächenmäßig kleine Staatsgebiete, enge Binnenmärkte und nicht konvertierbare Landeswährungen, dass die Regierungen auf eine exportorientierte Volkswirtschaft setzten.

Zwischen der DDR und Israel bestanden – im Unterschied zu den anderen osteuropäischen Staaten – zu keiner Zeit offizielle staatliche Beziehungen, weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet. In den fünfziger Jahren hatten alle anderen osteuropäischen Staaten mit Israel einen Handelsvertrag abgeschlossen und unterhielten verschiedene bilaterale kommerzielle Abkommen.<sup>6</sup> Bis zu vierzig Prozent seines Erdölbedarfs deckte Israel zu dieser Zeit durch sowjetische Lieferungen und konnte damit den arabischen Boykott erfolgreich unterlaufen.<sup>7</sup> Im Austausch für solch „lebenswichtige Waren wie Kohle, Koks, Rohre, optische Instrumente, Chemikalien, Industrieausrüstungen, Stoffe und Holzkisten zum Verpacken von Apfelsinen“<sup>8</sup> aus Osteuropa kauften diese Länder Zitrusfrüchte, Bananen und Produkte der Leichtindustrie aus Israel.<sup>9</sup> Mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen Osteuropas zu Israel im Zuge des Krieges 1967 gingen auch deren geschäftliche Verbindungen erheblich zurück oder wurden teilweise ganz unterbrochen. Fortgesetzte inoffizielle Handelskontakte zu Israel spielten in den osteuropäisch-nahöstlichen Wirtschaftsbeziehungen insgesamt nur noch eine marginale Rolle. Als einziges osteuropäisches Land hielt Rumänien auch zwischen 1967 und 1990 offizielle diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit Israel aufrecht.

### Annäherung und Abwendung zwischen Ostdeutschland und Israel

Das Verhältnis der am 7. Oktober 1949 gegründeten DDR zu dem am 14. Mai 1948 ausgerufenen Staat Israel war vielschichtiger und modifizierter als in der Öffentlichkeit wahrgenommen wurde. Es weist verschiedene Phasen auf, die von deutlicher Entfernung und Ablehnung,

---

6 Israel hatte einen Handelsvertrag mit der ČSR (1950), ein Handelsabkommen mit Ungarn (1950), Polen (1951), der UdSSR (1953), Bulgarien (1954) und Rumänien (1954) sowie eine Anzahl bilateraler Geschäftsvereinbarungen abgeschlossen. Vgl. R. L. Allen, *Middle East Economic Relations with the Soviet Union, Eastern Europe, and Mainland China*, University of Virginia 1958, insbes. S. 28, 29, 96-99; Brod (Anm. 2), S. 131.

7 Brod (Anm. 2), S. 97; Govrin (Anm. 2), S. 111 f.

8 Bundesarchiv (BArch), L 2/1737.

9 Für 1953 hatte Israel geplant, 40 bis 60 Tonnen Bananen in die UdSSR zu exportieren und prüfte den Verkauf von ätherischen Ölen. Perspektivisch rechnete die Regierung mit einer Zunahme der Handelsbeziehungen zur Sowjetunion: „Mit der Erweiterung des Exportes in die SU ist eine direkte Schiffsverbindung anzustreben.“ BArch, L 2/1737.

aber auch von politischer Annäherung geprägt waren. Im ökonomischen Bereich, nicht zuletzt im Außenhandel, lässt sich eine Abgrenzung zwischen den Phasen nicht so eindeutig vornehmen; teilweise scheinen sich politische und wirtschaftliche Fakten – wenigstens auf den ersten Blick – sogar zu widersprechen. Das mag auch daran liegen, dass es sich hier eben nicht um offizielle Wirtschaftsbeziehungen handelte, sondern dass diese Kontakte und Transfers weitgehend geheim verliefen, mit politischen Interessen der jeweiligen Akteure verbunden waren und davon ausgegangen werden muss, dass ihr tatsächlicher Umfang wohl unklar bleiben wird. Nach bisherigen Forschungen zeichnen sich drei Hauptabschnitte ab: erstens die frühe Phase nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1955, die zweite, große Phase bis Mitte der achtziger Jahre und die dritte Phase bis zum Ende der staatlichen Existenz der DDR.

Bereits Ende der vierziger Jahre diskutierten jüdische Geschäftsleute Palästinas, ob sie den Handel mit deutschen Firmen direkt aufnehmen und nicht wie bisher über daran verdienende Zwischenhändler in anderen Ländern fortsetzen sollten:

„Wäre es nicht besser, wenn wir selbst gehen und direkt kaufen würden, im Austausch für Produkte unseres Landes, die wir ihnen liefern werden?“<sup>10</sup>

Dennoch bestätigte die israelische Regierung noch im August 1949 ihren Beschluss, keine Genehmigung für den Import von Waren aus Deutschland zu erteilen (außer dem eingeführten Besitz von Neueinwanderern). Nur einige Wochen später besuchte eine Delegation Israels die Leipziger Herbstmesse und zeigte nach Einschätzung der Nachrichtenagentur ADN „viel Interesse“ an den ausgestellten Maschinen, wie die israelische Tageszeitung *Ha-Arez* schrieb.<sup>11</sup> Die Sowjetische Besatzungszone verzeichnete für die erste Jahreshälfte 1949, also noch vor der Gründung der DDR im Oktober des Jahres, einen Export nach Israel im Umfang von 650.600 DM<sup>12</sup>. Das waren zwar nur 0,24 Prozent des Gesamtexportes der SBZ, aber mehr als ihre gesamten Ausfuhren nach Asien, Afrika und Lateinamerika in diesem Zeitabschnitt.

---

10 *Ha-Arez*, Jerusalem, 11.08.1947.

11 *Ha-Arez*, 4. 9.1949.

12 *BArch*, L 2/1429. Die Einwanderung von Juden aus Osteuropa war nach Meinung von Brod ein Faktor für das erhebliche Wachstum des Imports aus diesen Staaten. Wie eine Meldung in *Ha-Arez* zeigte, band auch die DDR den Transfer von Kontoguthaben der Auswanderer an den Export von entsprechenden Waren Ostdeutschlands nach Israel. Auf Grund der politischen Entwicklung und einzelner Bestimmungen in beiden Staaten über erforderliche Genehmigungen konnte die Abwicklung teilweise Jahre dauern und wurde ebenfalls als Teil des Außenhandels bilanziert. Vgl. Brod (Anm. 2), S. 96; *Ha-Arez*, 11.10.1953.

Der Weg für eine weitere Entwicklung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen schien noch offen zu stehen, denn die politische und ökonomische Bindung Israels an die Industriestaaten war keinesfalls entschieden. Nach dem Krieg 1948/49, vor der Aufgabe der Errichtung einer eigenen Volkswirtschaftsstruktur stehend und mit den Anforderungen zur Integration von Hunderttausenden jüdischen Einwanderern konfrontiert, benötigte Israel große Mengen an Produktionsmitteln, aber auch Konsumgüter. Politische und militärisch-technische Unterstützung aus dem Osten Europas war bis zu dieser Zeit insbesondere durch die Sowjetunion und die ČSR geleistet worden. Israel wandte sich auch an die DDR. Herr Mendelsohn, ein offizieller Vertreter des Wirtschafts- und Finanzministeriums Israels machte in einem Gespräch in der Hauptabteilung Wirtschaftspolitik des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR. Anfang Mai 1950 deutlich, dass er von der DDR Warenlieferungen erwartet, um „in pauschalisierter Form“ die Ansprüche zur Wiedergutmachung „global“ abzufinden. Daraus könnte sich dann „ein normaler Handelsverkehr entwickeln“.<sup>13</sup> Seinen Ausführungen zufolge waren normale Handelsbeziehungen aber nicht grundsätzlich an die Vorbedingung der Restitution gebunden.

In dieser Etappe ihrer Entwicklung zeigten beide Seiten Interesse an normalen kommerziellen Beziehungen. Als neu gegründete, junge Staaten mit unzureichend diversifizierten und strukturierten Volkswirtschaften waren sie auf der Suche nach neuen, erweiterten Handelskontakten und mussten versuchen, sich angesichts der Dominanz der Industrieländer zu behaupten. Israel hatte sich auf Beziehungen zur Bundesrepublik und zu westlichen Ländern noch nicht festgelegt. Gleichwohl war klar abzusehen, dass Kontakte mit Ostdeutschland ein weitaus geringeres Potential besaßen als Verbindungen mit der Bundesrepublik.

Im Frühjahr 1951 forderte die israelische Regierung in Schreiben an die vier Besatzungsmächte Deutschlands von der Bundesrepublik eine Milliarde US-Dollar und von der DDR 500 Millionen US-Dollar Reparationen, um die Integration der Einwanderer zu bewältigen. Die UdSSR lehnte die Zahlungen Ostdeutschlands ab; die Bundesrepublik und Israel sowie die Claims Conference hingegen nahmen im März 1952 Gespräche auf, die am 10. September 1952 zur Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens führten.<sup>14</sup> Die Führung der DDR bestand auf einer ei-

---

13 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes der BRD, Bestände des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (folgend: PAAA-MfAA), A 12739, 3. Außereuropäische Abteilung, 1374/65.

14 Ausf. A. Timm, Hammer, Zirkel, Davidstern. Das gestörte Verhältnis der DDR zu Zionismus und Staat Israel, Bonn 1997, S. 127-133.

genen Identität in Abgrenzung von der Bundesrepublik.<sup>15</sup> Nach dem Selbstverständnis der die Regierung tragenden Partei, der SED, verkörperte die DDR einen antifaschistischen, internationalistischen Staat, in dem die gesellschaftlichen Grundlagen für Antisemitismus und Völkerverhasslichkeit beseitigt worden waren.<sup>16</sup> Im Unterschied zur Bundesrepublik und deren Leistungen an Israel und die Claims Conference habe sie tatsächliche Wiedergutmachung geleistet. Diese Haltung vertrat die DDR-Regierung bis 1989 und lehnte es ab, mit Israel direkte Verhandlungen über Entschädigungsleistungen zu führen. Nach der Unterzeichnung des Luxemburger Abkommens 1952 zwischen Israel und der BRD und der Aufnahme offizieller Handelsbeziehungen zwischen der DDR und Ägypten 1953 war eine erste, sondierende Vorentscheidung auch auf dem Gebiet der Wirtschaftsbeziehungen der DDR in Nahost gefallen.

### Bonn blickt nach Israel, Berlin nach Arabien

Israel erhielt ab 1955 umfangreiche Lieferungen aus der Bundesrepublik: Der Schwerpunkt lag nicht primär auf Konsumtionsgütern, sondern insbesondere auf Investitionsmitteln und Rüstungsgütern. Betriebsausrüstungen, Schiffe, Maschinen, Rohstofflieferungen sowie technologische Unterstützung, die Israel für den Aufbau seiner Wirtschaft benötigte, legten zugleich die Grundlage dafür, dass die Bundesrepublik später zum zweitwichtigsten Wirtschaftspartner des Landes wurde. Demgegenüber hatte die DDR zu dieser Zeit – ohne Unterstützung durch einen Marshall-Plan, gezeichnet von den Belastungen der Reparationszahlun-

---

15 Vgl. A. Timm: DDR-Israel: Anatomie eines gestörten Verhältnisses, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage, Das Parlament, B 4/93 (22.01.1993), S. 46-54 (S. 47).

16 Der Botschaftsrat der DDR in Moskau, Karl Seitz, übergab dem israelischen Botschafter Schmuel Eliaschiv am 28. September 1955 ein Aide Memoire mit der grundsätzlichen Position der DDR zur Wiedergutmachung: „Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat bisher alles in ihren Kräften Stehende getan, um den deutschen Faschismus mit seinen Wurzeln zu vernichten und Bedingungen zu schaffen, die ausschließen, daß von Deutschland nochmals eine Bedrohung der Sicherheit und Existenz anderer Völker – auch des jüdischen Volkes – ausgeht. Den auf dem Territorium der Deutschen Demokratischen Republik wohnhaften Opfern des Faschismus wurde in großzügiger Weise Unterstützung und Hilfe gewährt. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat die von den vier Alliierten festgelegten Reparationsleistungen zur Wiedergutmachung des von dem deutschen Faschismus angerichteten Schadens erfüllt.“ Israel State Archives, Jerusalem. Foreign Ministry (F.M.), 93.39/547/2, zitiert in: A. Timm, Alles umsonst? Verhandlungen zwischen der Claims Conference und der DDR über „Wiedergutmachung“ und Entschädigung, in: Forscher- und Diskussionskreis DDR-Geschichte (Hrsg.), hefte zur ddr-geschichte, Heft 32, Berlin 1996, S. 18.

gen sowie innenpolitisch mit Konflikten konfrontiert, nur wenig anzubieten.

In Konkurrenz zur wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik und deren größerem Import- und Exportpotential<sup>17</sup> suchte die DDR ihre spezielle Nische, um sich für die arabischen und anderen paktfreien Entwicklungsländer alternativ zur Bundesrepublik als ein attraktiver und wertvoller Geschäftspartner zu etablieren. Wie die anderen osteuropäischen Staaten orientierte sich die DDR in den fünfziger Jahren insbesondere auf das zu dieser Zeit in der Region politisch führende arabische Land, auf Ägypten,<sup>18</sup> und auf Syrien. 1954 führte die DDR in Kairo ihre viel beachtete erste Industrieausstellung im Nahen Osten durch, um die Realisierung der Handelsabkommen mit Ägypten (1953) und Libanon (1952) zu verbessern und die Absatzmöglichkeiten in der Region zu erweitern. Die Leitung der DDR-Delegation schätzte in der Auswertung dieser Ausstellung ein, dass durch den Aufbau eines arbeitsfähigen Vertreternetzes in den Staaten „der Markt des Nahen und Mittleren Ostens mit größerem Erfolg als bisher bearbeitet werden kann.“<sup>19</sup>

Auf Hinweis Ägyptens sollten jüdische Geschäftsleute von vornherein als Vertreter ausgeschlossen werden:

„Größte Aufmerksamkeit ist der Tatsache zuzuwenden, daß in starken Maße ägyptische (nicht ausländische, jüdische usw.) Vertreterfirmen gewonnen werden. Ein entsprechender Hinweis war wichtiger Punkt einer Besprechung zwischen dem Unterstaatssekretär im Ministerium für Handel und Industrie [Ägyptens] und unserer Handelsvertretung.“<sup>20</sup>

---

17 Zur Wirtschaft in der DDR siehe u. a.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung DIW (Hrsg.), Handbuch DDR-Wirtschaft, Berlin 1984; United Nations: Yearbook of International Trade Statistics, New York, verschiedene Jahrgänge (vorrangig Vol. I oder Kategorie Trade by Country); International Monetary Fund: Direction of Trade Statistics, Washington, verschiedene Jahrgänge; C. Buchheim (Hrsg.), Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR, Baden-Baden 1995; Statistisches Bundesamt Wiesbaden: Statistisches Jahrbuch der Bundesrepublik Deutschland, Wiesbaden, verschiedene Jahrgänge; Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin, verschiedene Jahrgänge; J. Bähr, Integrationseffekte und Integrationspotentiale in unterschiedlichen Wirtschaftssystemen: Das geteilte Deutschland im Vergleich, in: E. Schremmer (Hrsg.), Wirtschaftliche und soziale Integration in historischer Sicht, Stuttgart 1996, S. 241-258.

18 Ausf. Darstellung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens und Osteuropas für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg bis 1957 siehe Allen (Anm- 6).

19 BArch, L 200/74.

20 BArch, L 200/74.

Mit dem Abschluss von weiteren Handelsverträgen und der Etablierung von ständigen Handelsvertretungen in den folgenden Jahren legte die DDR den Schwerpunkt in ihren Beziehungen zu den Entwicklungsländern auf den Vorderen Orient. Dieser perspektivisch expansionsfähige und volkswirtschaftlich wichtige Markt sollte weder durch politische noch durch Handelsbeziehungen zu Israel gefährdet werden. Die überragende politische Determiniertheit, die aufgrund der Konfliktkonstellation im Nahen Osten der Implementierung jeglicher Wirtschaftskontakte zukam, machte insbesondere diese Beziehungen zu den Staaten der Region zu einem der sensibelsten Bereiche der Außenbeziehungen der DDR.

Mit dem Luxemburger Abkommen und der Aufnahme der Lieferungen an Israel 1955 hatte die Bundesrepublik sich im Nahost-Konflikt nach außen auf die Seite Israels gestellt, auch im Suez-Krieg 1956; die DDR-Regierung unterstützte Ägypten. In den 1960er Jahren konnte sie in den arabischen Staaten erheblichen Prestigegewinn erzielen. Dem offiziellen Besuch des Staatsratsvorsitzenden der DDR, Walter Ulbricht, im Frühjahr 1965 beim ägyptischen Präsidenten Gamal Abd an-Nasir und umfangreichen Krediten an Ägypten folgte nach dem Nahostkrieg 1967 eine Anerkennungswelle der DDR 1969/1970 durch 14 arabische Staaten.<sup>21</sup> Nachdem im Herbst 1964 die westdeutschen Rüstungslieferungen an Israel bekannt geworden waren und beide Staaten im Mai 1965 diplomatische Beziehungen aufgenommen hatten, brachen zehn arabische Staaten ihre Beziehungen zu Westdeutschland ab und nahmen sie zu Beginn der 70er Jahre wieder auf.

## Boycott und Orangen

Damit waren auch für die DDR in den sechziger Jahren, bereits vor dem Krieg 1967, die Umstände für die Abwicklung von Geschäften mit Israel stärker politisiert und komplizierter geworden. Die DDR-Führung musste ihre Außenkontakte sorgfältig abwägen. Das Risiko der DDR, das sie mit der Realisierung von Warenanfragen aus Israel und dem Import von süßen Jaffa-Orangen einging, erschien ungleich größer als das Israels:

---

21 Zur Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und den arabischen Staaten sowie zu den Palästinensern siehe u. a.: Die DDR in Nah- und Mittelost: Eine Begegnung und ihre Spuren. Ein Rundtischgespräch mit Diplomaten, geführt von Martin Robbe im April 1993, in: *asien. afrika. lateinamerika*, 21(1994), S. 551-601; W. u. A. Bator (Hrsg.), *Die DDR und die arabischen Staaten. Dokumente 1956 bis 1982*, Berlin 1984; H.-A. Jacobsen, G. Leptin, U. Scheuner, E. Schulz (Hrsg.), *Drei Jahrzehnte Außenpolitik der DDR. Bestimmungsfaktoren, Instrumente, Aktionsfelder*, München, Wien 1979; H.-J. Spanger, *Die beiden deutschen Staaten in der Dritten Welt: Die Entwicklungspolitik der DDR – eine Herausforderung für die Bundesrepublik Deutschland?*, Opladen 1987.

Die Unterhaltung von Wirtschaftskontakten mit Israel fand unter Umgehung der Sanktionen des von der Liga der Arabischen Staaten verhängten dreifachen Boykotts gegenüber Israel und seinen Handelspartnern statt.<sup>22</sup> So verlangte die Vereinigte Arabische Republik (VAR) im Handel mit der DDR eine „Legalisierung der Handelsdokumente“, d. h. die Erklärung der DDR-Unternehmen,

„daß die exportierten Waren nicht israelischen Ursprungs sind und daß bei ihrer Herstellung keine israelischen Rohstoffe verwendet wurden. Außerdem erklären wir, daß das Außenhandelsunternehmen ... keine Geschäftsbeziehungen zu Israel unterhält.“<sup>23</sup>

Nachdem Kairo die „Israelklausel“ noch verschärft hatte, plädierte der Leiter der Handelsdelegation der Regierung der DDR, Dr. Gerhard Weiss, in Vorbereitung eines langfristigen Handelsvertrages mit der VAR in einem Aide Memoire an die Handelsdelegation der Regierung der VAR 1962 dafür, die zeit- und kostenaufwendige Legalisierung von Exporten der DDR in die VAR durch eine Pauschalerklärung wegfällen zu lassen:

„Wie allgemein bekannt, bestehen zwischen der DDR und Israel keine Beziehungen. Bei den für den Export nach der VAR vorgesehenen Waren werden keine israelischen Rohstoffe verarbeitet. Die Vereinigte Arabische Republik verzichtet deshalb auf die Forderung der Legalisierung von Handelsdokumenten durch die Handelsvertretung der Vereinigten Arabischen Republik in der Deutschen Demokratischen Republik.“<sup>24</sup>

Der nah- und mittelöstliche arabische Markt mit seinem Rohstoffreservoir spielte eine zentrale Rolle in der Außenhandelsabhängigkeit der DDR; vornehmlich diese Beziehungen mussten aufrechterhalten werden. Insofern war es notwendig, jegliche Wirtschaftskontakte mit Israel den Prämissen der Außenhandelspolitik der DDR unterzuordnen. In einer speziellen Anweisung zum „Handel mit Firmen aus den von Israel ok-

22 Der primäre Boykott verbietet „im Kern“ direkte Handels- und Kooperationsbeziehungen von Personen und Unternehmen der LAS mit Israel und in der „erweiterten“ Form diese Beziehungen über Drittländer. Die Grundsätze des Boykotts gegenüber Israel legte die LAS in der 1954 verabschiedeten Resolution Nr. 849 „Unified Law on the Boycott of Israel“ nieder. Zu einzelnen Vorschriften, deren Einhaltung das Central Boycott Office der LAS in Damaskus überprüft, vgl. D. Chill, *The Arab Boycott of Israel: Economic Aggression and World Reaction*, New York 1976; R. A. Weiner, *The Arab Boycott of Israel: A Privat Right or Action under the Export Administration Act*, in: *Syracuse Journal of International Law and Commerce*, 13 (1987) 3, S. 569-591.

23 BAArch, DN 1/2187.

24 BAArch, DN 1/2187.

kupierten Gebieten“ wies das Ministerium für Außenwirtschaft der DDR im September 1967, also kurz nach dem Juni-Krieg, darauf hin, mit Firmen in den von Israel besetzten arabischen Gebieten (Gazastreifen, Westjordanland, Golanhöhen) keine Verbindungen zu unterhalten. Eine

„Zusammenarbeit mit bisherigen Geschäftspartnern im gegenwärtig okkupierten Gebiet würde der israelischen Seite eine Handhabe geben, zu erklären, daß die DDR Handelsbeziehungen zu Israel aufgenommen habe. Derartigen Versuchen ist unter allen Umständen entgegenzuwirken ... Bisherige Importe von Zitrusfrüchten aus diesen Gebieten sind demzufolge nur mit Firmen in der VAR bzw. im Libanon durchzuführen...“

Insgesamt soll „keinerlei Zusammenhang mit den Firmen im okkupierten Gebiet [entstehen]. Das gleiche trifft auf Exporte der DDR zu.“<sup>25</sup> Die DDR achtete darauf, dass konkrete Hinweise auf die Herkunft der Waren „Made in Israel“ verhindert wurden; so mussten bei einer tonnenschweren Ladung von importierten Orangen die Aufkleber von jeder einzelnen Frucht notfalls per Hand entfernt werden.

Die arabischen Länder verfolgten die Einhaltung der Boykottbestimmungen und forderten damit eine eindeutige Stellungnahme der Länder Osteuropas. Die DDR wickelte die Geschäfte mit Israel weitgehend über Drittländer und als Barterhandel ab, durch Verknüpfung von Transaktionen und ein Netz von Firmen in verschiedenen Ländern. Der Umfang war gering, dennoch wäre es illusorisch anzunehmen, dass die arabische Seite nichts bemerkt haben soll, zumal die DDR auf die Einhaltung der „Israel-Klausel“ hingewiesen worden war. Entsprechende Einrichtungen der DDR registrierten sehr wohl, welche Maßnahmen einzelne arabische Staaten im Falle eines Beschlusses der Arabischen Liga zum so genannten Blacklisting anwandten.<sup>26</sup> Auch Firmen der DDR bekamen die Anwendung der Boykottbestimmungen zu spüren: So verwehrten die Zollbehörden Jordaniens einem langjährigen Vertreter von Außenhandelsunternehmen der DDR, seine Waren nach Jordanien einzuführen, weil der Außenhandelsbetrieb Textilkommerz auf der „Schwarzen Liste“ der Arabischen Liga stand. Der jordanische Vertreter ersuchte wiederholt um Unterstützung durch die Kammer für Außenhandel und das Ministerium für Außenhandel der DDR. Kuwait und Jordanien hatten arabischen Vertretern die Einfuhr von Waren dieses Außenhandelsbetriebes in ihre Länder verboten.<sup>27</sup>

25 Regierungskommission Leipziger Messen, Informationsstab: Information vom 8. September 1967. Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Berlin (folgend: SAPMO-BArch), DY 30/IV A2/20/831.

26 Vgl. W. G. Schwanitz, Judenargwohn? Zum Israel-Bild in SED-Akten über arabische Länder (1948–1968), in: *Orient*, 35 (1994) 4, S. 635–667 (S. 645).

27 BArch, L 200/7521.

Die DDR wollte ihren ohnehin minimalen Handel mit Israel nicht „auf Kosten“ ihrer Wirtschaftsbeziehungen zum arabischen Markt betreiben. Am 22. September 1965 veröffentlichte dennoch eine große französischsprachige libanesische Tageszeitung einen Artikel über die Einfuhr israelischer Orangen in die DDR. Damit erschien erstmals eine Nachricht über derartige Lieferungen in der Öffentlichkeit. In einem Schreiben an den Leiter der Abteilung IV des ZK der SED, Peter Florin, bestätigte Wolfgang Kiesewetter, stellvertretender Minister für Auswärtige Angelegenheiten der DDR, den Warentransfer und regte eine abwartende Haltung der DDR an, um die Verbindungen zur arabischen Welt nicht zu gefährden.

„Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese nunmehr bekannt gewordenen Handelskontakte nicht auch zukünftig gegen die Verbesserung der Beziehungen der DDR zu den arabischen Staaten von der gegnerischen Seite Verwendung finden werden. ... Ich schlage vor, zur Wahrung der außenpolitischen Interessen der DDR im arabischen Raum keine Stellungnahme zu der veröffentlichten Meldung abzugeben. Erst im Falle direkter arabischer Vorstellungen sollte die Angelegenheit in Abrede gestellt werden.“<sup>28</sup>

Über spezielle Verbindungen verschiedener Firmen in Europa und Israel wurden die Kontakte fortgesetzt, auch nach dem Juni-Krieg 1967. Der Export Israels in die DDR ging zwar drastisch zurück, aber die Einfuhren Israels aus Ostdeutschland stiegen an. Sie waren sogar höher als vor dem Juni-Krieg 1967. In dieser Phase seiner industriellen Expansion verzeichnete Israel 1970 den höchsten Import, den es je aus der DDR bezog (256.000 US-Dollar). Israel führte dafür keine Konsumgüter, sondern Waren für den produzierenden Sektor ein: mechanische Geräte und Teile, unter anderem zwei Sortiermaschinen, eine Maschine für Erdarbeiten, ein Fördergerät sowie verschiedene Kleinteile und Materialien.<sup>29</sup>

## Erweiterter internationaler Spielraum

Nach dem Nahostkrieg von 1973 engagierte sich die Regierung der USA aus ureigensten Interessen stärker in Nahost. In den siebziger Jahren zum Nettoimporteur von Erdöl geworden, wollte sie sich den Zugang zu diesem strategischen Rohstoff zu einem „vernünftigen Preis“<sup>30</sup> sichern. Pfeiler der Politik blieb die nicht erst seit der Gründung Israels beste-

---

28 SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/826.

29 Central Bureau of Statistics (CBS): Foreign Trade Statistics of Israel, Jerusalem, verschiedene Jahrgänge.

30 K. W. Stein, Die Rolle der Vereinigten Staaten im Nahost-Friedensprozeß, in: Europa-Archiv, Folge 2/93, S. 41-48 (S. 42).

hende *special relationship* zum jüdischen Staat.<sup>31</sup> Neben guten Beziehungen zu einer Reihe von arabischen Staaten sollte vorrangig der Schutz Israels gesichert werden und der Einfluss der Sowjetunion in der Region begrenzt werden. Erhielt Israel bis dahin den größten Teil der Wirtschafts- und Militärhilfe aus Westeuropa, insbesondere durch Reparationszahlungen aus der Bundesrepublik, so kamen die Transfers danach zunehmend aus den USA.<sup>32</sup> Ende der siebziger Jahre wurde Israel zum größten Empfänger von US-amerikanischer Auslandshilfe.<sup>33</sup> Der Aufstieg der israelischen Rüstungsindustrie erhielt nicht zuletzt durch die Kooperation mit US-Firmen einen wesentlichen Impuls. In ihrer Suche nach möglichen Partnern orientierte sich die israelische Wirtschaft nicht nur auf die Bundesrepublik, sondern war an einer Institutionalisierung der Beziehungen in größerem Rahmen interessiert: 1975 unterzeichnete die Europäische Gemeinschaft mit Israel als erstem nicht europäischen Staat ein Freihandelsabkommen.<sup>34</sup>

Der Entspannungsprozess in Europa erhöhte die Handlungsfreiheit der DDR. Im Dezember 1972 schlossen beide deutsche Staaten den Grundlagenvertrag ab und wurden im September 1973 als Mitgliedstaaten in die UNO aufgenommen. Die DDR unterhielt mit mehr als einhundert Staaten diplomatische Beziehungen. Ihre politischen und wirtschaftlichen Aktivitäten in Afrika, Lateinamerika und Indochina in dieser Phase des „antiimperialistischen Optimismus“<sup>35</sup> unternahm sie in konsequenter Abgrenzung von der Bundesrepublik. Durch den Stand ihrer Wirtschafts- und wissenschaftlich-technischen Entwicklung war die DDR sowohl im Wirtschaftsbündnis osteuropäischer Staaten, Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, als auch unter den Entwicklungsländern anerkannt. Deren Bedürfnisse überstiegen bald die ökonomischen Möglichkeiten der DDR, die zudem mit den gestiegenen Rohstoffpreisen auf dem Weltmarkt konfrontiert wurde. Schwerpunkt im „antiimperialisti-

---

31 A. Garfinkle, *The U.S. Imperial Postulate in the Mideast*, in: *Orbit. A Journal of World Affairs*, 41(1997)1, S. 15-29.

32 Vgl. A. F. K. Organski, *The \$36 Billion Bargain: Strategy and Politics in U.S. Assistance to Israel*, New York, Oxford 1990, S. 142, 161f.

33 Siehe dazu auch: R. J. Lieber, *U.S.-Israeli Relations since 1948*, in: *MERIA*, 2,3 (1998) unter: <http://meria.idc.ac.il/>; D. L. Clarke: *US Security Assistance to Egypt and Israel: Politically Untouchable*, in: *Middle East Journal*, 51 (1997) 2, S. 200-214; Jewish Virtual Library: [http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/U.S\\_Assistance\\_to\\_Israel1.html](http://www.jewishvirtuallibrary.org/jsource/US-Israel/U.S_Assistance_to_Israel1.html).

34 Siehe dazu auch: Y. Cohen: *Economic Integration of Israel in the EEC. Israel and the EEC 1958-1977*, Tel Aviv 1977; A. Neustadt: *Die deutsch-israelischen Beziehungen im Schatten der EG-Nahostpolitik*, Frankfurt a. M. 1983; I. Greilhammer, J. H. H. Weiler (Hrsg.), *Europe and Israel: Troubled Neighbours*, Berlin 1988.

35 Brock, Spanger (Anm. 21), S. 171.

schen Kampf“ der DDR in Nahost war neben der wirtschaftlich begründeten Entwicklungshilfe für den Irak und Syrien die Unterstützung der PLO. Vor dem Hintergrund der Konfliktkonstellation sicherte die DDR-Führung der PLO wiederholt ihre Sympathie und Unterstützung für „das arabische Volk von Palästina“<sup>36</sup> zu. Das unterstrich sie durch Hilfeleistungen auf politischem wie auch materiellem Gebiet. So genehmigte die DDR-Regierung der PLO die Eröffnung ihrer ersten offiziellen Vertretung in einem sozialistischen Land Europas und stellte auch militärische Leistungen zur Verfügung, darunter Waffen.<sup>37</sup>

Als die DDR Verhandlungen zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit den USA begann, spielte auch die Frage der Wiedergutmachung eine Rolle. Die DDR-Regierung lehnte eine Verantwortung für jüdische Opfer außerhalb der DDR zwar nicht mehr generell ab, aber es kam zu keiner endgültigen Regelung mit der Claims Conference. Während sich einerseits das Verhältnis politisch immer mehr verhärtete,<sup>38</sup> stiegen andererseits ab Mitte der siebziger Jahre die Exporte Israels in die DDR stark an und erreichten 1978 ihr größtes Ausmaß. Sie bestanden zu neunzig Prozent aus Zitrusfrüchten und Zitrusprodukten. In den Jahren ab 1979 ging der Bezug israelischer Waren stark zurück. So dürfte sich die Außenwirtschaftsstrategie der DDR in dieser Zeit – drastische Beschränkung der Importe, vor allem aus den kapitalistischen Ländern – auch hier niedergeschlagen haben. Größere Bedeutung lag nun auf produktionsrelevanten Gütern, wie speziellen Stickstoff- und anderen chemischen Materialien.

## Wandel und Neuorientierung

Von Anfang der fünfziger bis Mitte der siebziger Jahre war die ägyptische Wirtschaft der stärkste Handelspartner der DDR in dieser Region. Das änderte sich grundlegend nach dem Abschluss des Friedensvertrages Ägyptens mit Israel 1979 und angesichts der Isolierung des Landes am Nil in der arabischen Welt. In den achtziger Jahren fand die DDR erweiterte Märkte in Syrien sowie in den vom ersten Golfkrieg geschädigten Wirtschaften des Iraks und Irans und steigerte ihren Außenhandelsumsatz mit diesen Ländern. Nach der Erhöhung des Ölpreises und

36 SAPMO-BArch, DY 30/IV A2/20/859.

37 Timm (Anm. 14), insbesondere S. 269-285; W. G. Schwanitz, Olivenzweig, Waffe und Terror. Deutsche und Palästinenser im Kalten Krieg, in: KAS, Auslandsinformationen, 21 (2005) 3, S. 34-66, speziell S. 52-55.

38 Die DDR stimmte im November 1975 in der UNO für die Annahme der Resolution 3379, die den Zionismus „als eine Form von Rassismus und Rassendiskriminierung“ verurteilte. U.N. General Assembly Resolution 3379 (XXX), in: R. Lapidot, M. Hirsch (Hrsg.), *The Arab-Israel Conflict and its Resolutions: Selected Documents*, Dordrecht 1992, S. 177f.

der zunehmenden Ökonomisierung der Außenbeziehungen zu den Entwicklungsländern war die DDR-Führung weniger an Entwicklungshilfe interessiert, sondern wollte ihre Handelsbeziehungen ausdehnen, auch in Nahost.

Der Warenverkehr mit Israel verlief in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zwar sehr instabil, jedoch zeigte er eine deutliche Belebung. Israel verzeichnete ab 1986 wieder einen Import aus der DDR. Der Export in die DDR stieg 1987 auf 1,8 Millionen US-Dollar an, aber erreichte nicht die Höhe von 1977 und 1978. Insgesamt entsprach der Warenumfang nicht annähernd den schnell wachsenden Handelsumsätzen, die Israel Ende der achtziger Jahre mit anderen osteuropäischen Ländern erzielte.<sup>39</sup> Die Entwicklung in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen zwischen der DDR und Israel auf wirtschaftlichem Gebiet verlief sehr langsam. Die bis dahin genutzten Wege wurden fortgesetzt, schließlich hatten sie sich bewährt. Parallel dazu kamen offizielle Gespräche erst 1989 zustande.

Die israelische Tageszeitung Ha-Arez veröffentlichte am 4. August 1989 die Nachricht über einen Vertrag zwischen Tourismusgesellschaften der DDR und Israels. Das staatliche Reisebüro der DDR unterzeichnete eine Vereinbarung mit der israelischen Gesellschaft „Malia“ und übertrug ihr seine Alleinvertretung in Israel. Ha-Arez wies darauf hin, dass die DDR diese Verbindungen erst bekannt gegeben hatte, nachdem die UdSSR eine Meldung über die Kooperation ihres staatlichen Touristikunternehmens „Intourist“ mit Israel herausgebracht hatte. Im Februar 1990 vereinbarten Vertreter der Fluggesellschaften der DDR und Israels, „Interflug“ und „El Al“, eine Direktlinienverbindung zwischen beiden Staaten einzurichten. Der am 15. Februar unterschriebene Vertrag regelte die Geschäftsbeziehungen zwischen den Unternehmen, bis die Voraussetzungen zur Aufnahme des Linienverkehrs zwischen Israel und Berlin geschaffen waren.

In diesem Zusammenhang wurden die Frage der politischen Beziehungen und das besondere Verhältnis zwischen beiden Staaten betont. In der Zeitung Ha-Arez äußerte der israelische Verkehrsminister Moshe Kazav am 28. Mai 1990, dass in den Beziehungen Israels mit den anderen osteuropäischen Staaten die Verbindungen im Flugwesen der Bestätigung der staatlichen Beziehungen vorausgingen. Im Unterschied dazu wolle er im Falle der DDR erst die Aufnahme politischer Verbindungen zwischen der DDR und Israel sehen, bevor er Flugverbindungen zwischen beiden Staaten zustimme. Israel hatte bereits langjährige Beziehungen mit der „Lufthansa“ der Bundesrepublik. Beide Gesellschaften –

---

39 Siehe auch: Eastern Europe: What Do the Changes Portend for Israel?, in: The Israel Economist, May 1990, S. 10-12.

Interflug und Lufthansa – waren bestrebt, „in dieser Etappe“<sup>40</sup> als selbstständige Firmen weiterzuarbeiten; das betraf auch die Verbindungen zu Israel.

Die Indienstnahme der neuen Direktverbindung Berlin-Tel Aviv kam erst im September 1990 zustande; da stand der Zusammenschluss der beiden deutschen Staaten bereits fest. Hier zeigt sich eine Konstellation, die für die gesamte DDR-Wirtschaft exemplarisch war: Während die anderen osteuropäischen Staaten ihre früheren Beziehungen zu Israel reaktivierten und neue Geschäftsfelder erschlossen, ging die DDR als zweiter deutscher Staat in die Verhandlungen. Firmen der Bundesrepublik unterhielten seit langem bewährte Beziehungen zu israelischen Unternehmen und wollten sich vom Markt nicht verdrängen lassen. Ostdeutsche Betriebe mussten sich also gegen die Konkurrenz sowohl in Deutschland als auch in Israel erst einmal durchsetzen.

Im Januar 1990 fand in der Kammer für Außenhandel der DDR, einer Einrichtung des Ministeriums für Außenhandel, das erste offizielle Gespräch mit israelischen Wirtschaftsvertretern statt. Damit begann eine qualitativ neue Etappe: Zwischen der DDR und Israel wurden offizielle Beziehungen auf der Ebene von staatlichen Institutionen und Direktkontakte zwischen Unternehmen Israels und der DDR hergestellt. Das „starke Interesse“ der israelischen Partner orientierte auf die industriellen Bereiche Maschinenbau und Metallurgie; Produkte dieser Warengruppen waren ja bereits aus der DDR bezogen worden. Insgesamt hatten beide Seiten große Erwartungen, einen schnellen Ausbau der Geschäftsbeziehungen zu vollziehen. Geplant wurden „Joint Venture und andere[n] Formen der Kooperation (incl. Drittlandkooperation) ... incl. Finanzierung“<sup>41</sup>. Die israelische Delegation übermittelte eine Einladung des Präsidenten der israelischen Handelskammer, Dan Gillermann, an den Präsidenten der DDR-Kammer.

Nach Jahrzehnten inoffizieller und stark eingeschränkter Kontakte bestand nun die Aussicht, ein relativ breites Spektrum diversifizierter Wirtschaftsbeziehungen aufzubauen. Aber bald zeigte sich, dass die politische Entwicklung in der DDR keine klare Perspektive für neue Kooperationsbeziehungen mehr gewährleisten konnte. Die Situation der ostdeutschen Volkswirtschaft verschlechterte sich und ein radikaler Umstellungsprozess fand statt. Schließlich zeichnete sich spätestens im Ergebnis der Wahlen zur Volkskammer der DDR im März 1990 eine schnelle Vereinigung ab. Infolgedessen bot die ostdeutsche Seite kaum noch komparative Kostenvorteile und noch weniger Sicherheit. Der Handelsaustausch verzeichnete zwar wieder einen Anstieg, aber der Ab-

---

40 Ha-Arez, 18. Februar 1990.

41 BArch, L 200/7726.

schluss eines Wirtschaftsabkommens zwischen der DDR und Israel wurde nicht mehr realisiert.

### Geschäfte ja, Beziehungen nein

Obwohl zwischen den Regierungen der DDR und Israels keine offiziellen vertraglichen Vereinbarungen bestanden, existierte zwischen beiden Ländern ein dauernder Handelsaustausch (Tab. 1). Von den 50er Jahren an bis 1990 wurde nachweislich in fast allen Jahren ein bilateraler Warenverkehr durchgeführt, allerdings inoffiziell und geheim. Er war quantitativ geringfügig, auch im Vergleich zum Handelsaustausch Israels mit anderen Staaten des Ostblockes wie Rumänien (Tab. 2). Angesichts der umfangreichen und diversifizierten Wirtschaftsbeziehungen Israels mit der Bundesrepublik spielte die DDR als Handelspartner nur eine marginale Rolle (Tab. 3).

Sowohl die DDR als auch Israel waren nur bedingt an wirtschaftlichen Verbindungen interessiert. Israel schützte seinen Markt gegen Importe. Lehnte die DDR offizielle (politische) Beziehungen ab, so sollte die ostdeutsche Wirtschaft auch keinen Zugang zum israelischen Markt erhalten, quasi als „Strafe“. Der Bezug von ostdeutschen Waren musste demnach a) einen komparativen Kostenvorteil für die entsprechenden Unternehmen in Israel gebracht haben, sonst wären die Geschäfte nicht realisiert worden, und b) der Wirtschaftsstrategie des Landes entsprechen und war daher immer an einen zumindest gleichwertigen israelischen Export gebunden. Die Einfuhren Israels erfolgten nach konkretem Bedarf, das heißt, es wurden Erzeugnisse importiert, wenn a) Spezialprodukte benötigt wurden, die die DDR in relativ guter Qualität herstellte, und b) wenn die DDR die Waren qualitativ gleichwertig, aber billiger anbot. So kaufte Israel dort Schreibmaschinen mit hebräischen Lettern. Der Ausfuhr seiner Waren stand Israel indes sehr offen gegenüber; dies war das Hauptmotiv für die Kontakte mit der DDR. Der Import wurde nur genehmigt, wenn zuvor auch der Export von Waren nachgewiesen werden konnte. Das israelische Industrie- und Handelsministerium band jeglichen Import an einen wertmäßig äquivalenten Export, um somit einer Verschlechterung der ohnehin defizitären Außenhandelsbilanz zu begegnen. Letztendlich zählte für beide Staaten allein die pragmatische Abwicklung der Geschäfte.

Die DDR-Führung war bis in die achtziger Jahre darum bemüht, die inoffiziellen Kontakte zur israelischen Seite geheim zu halten. Makroökonomisch betrachtet führten aber auch die öffentlich bekannt gewordenen Fakten nicht zu einer signifikanten Beeinträchtigung der Wirtschaftsbeziehungen der DDR mit arabischen Staaten. Der Export, der im Rahmen dieser Verbindungen mit Israel getätigt wurde, trug kaum zur

Diversifizierung des Außenhandels der DDR bei. Obgleich sich ein interessanter Markt bot, war die DDR letztendlich nicht auf diesen Weg der Wirtschaftsverbindungen angewiesen. Letztlich wollte sie die Kontakte nicht auf Kosten ihrer Beziehungen zu arabischen Staaten ausdehnen und öffentlich machen.

Trotz dezidiert konträrer Positionen, die die Regierungen in Ostberlin und in Jerusalem in der Politik weitgehend einnahmen, bestand mit dem Warenaustausch zwischen den beiden Staaten eine lose, zweckdienliche Verbindung. Diese Kontakte fanden sporadisch bei Bedarf statt; ihre Realisierung verlief auf rein geschäftlicher Basis, nach kaufmännischen Kriterien von Preis und Qualität und ohne politisch-ideologische Hemmnisse. Ungeachtet ihrer Instabilität im Umfang basierten die Verbindungen auf der gleichberechtigten Akzeptanz der Partner, Interessenausgleich und gegenseitigem Vertrauen – in die Liquidität der anderen Seite.

## Anhang: Tabellen

Tabelle 1: Warenaustausch Israels mit der DDR 1954 bis 1990, in US-Dollar

Jahr	Import Israels	Export Israels
1954	k.A.	21.422
1955	51.171	k.A.
1956	7.406	159
1957	k.A.	k.A.
1958	31.626	k.A.
1959	4.083	241.678
1960	1.000	24.000
1961	k.A.	71.000
1962	39.000	309.000
1963	5.000	128.000
1964	8.000	46.000
1965	19.000	397.000
1966	0	418.000
1967	8.000	255.000
1968	3.000	k.A.
1969	6.000	16.000
1970	256.000	19.000
1971	32.000	55.000
1972	33.000	58.000
1973	45.000	41.000
1974	18.000	206.000
1975	157.000	952.000
1976	35.000	1.762.000

Jahr	Import Israels	Export Israels
1977	78.000	2.578.000
1978	4.000	3.358.000
1979	k.A.	37.000
1980	k.A.	114.000
1981	k.A.	50.000
1982	k.A.	171.000
1983	k.A.	91.000
1984	k.A.	42.000
1985	k.A.	628.000
1986	82.000	98.000
1987	110.000	1.808.00
1988	67.000	365.00
1989	18.000	262.00
1990	139.000	451.00

k. A. – keine Angaben verfügbar

Quelle: Central Bureau of Statistics (CBS): Statistical Yearbook; CBS: Statistical Bulletin of Israel; CBS: Statistical Abstract of Israel; CBS: Foreign Trade Statistics of Israel. Jerusalem, 1952–1991.

Die Statistik Israels unterteilt die Importe nach den Ländern, in denen Israel die Waren einkauft: „Import by country of purchase“. Demzufolge sind hier direkt von der DDR bezogene Waren aufgeführt worden. Der Bezug aus Drittländern wurde nicht vollständig erfaßt. Bei den Exporten Israels erfolgt die Unterteilung nach den Zielländern: „Export by country of destination“. Diese Ausfuhren waren mit Ziel DDR registriert; unklar blieb der konkrete Verlauf der Abwicklung der jeweiligen Geschäfte.

Diese Festlegung der Kriterien für die Erfassung von Ein- und Ausfuhren des Landes wurden ebenso in der Statistik der DDR vorgenommen. Außer den verwendeten Jahrbüchern waren keine offiziellen Statistika verfügbar. Auch internationale Veröffentlichungen enthielten keine vollständigen Zahlenreihen für den gesamten Untersuchungszeitraum. Teilweise wichen die Werte von der israelischen Landesstatistik ab. Die größte Differenz trat 1975 auf: Die IMF-Statistik gab den Export Israels in die DDR mit 1,5 Millionen US-Dollar (Statistical Abstract: 952.000) und den Import mit 900.000 US-Dollar (166.000) an. Vgl. International Monetary Fund. Direction of Trade Statistics 1980. Washington 1980, S. 141, 213, sowie weitere Jahrgänge.

Tabelle 2: Außenhandel Israels mit Ländern des RGW von 1950 bis 1990, in Millionen US-Dollar (Angaben gerundet)

Jahr	Bulgarien		ČSR/ČSSR		Polen	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1950	0,10	1,30	0,60	2,50	k. A.	k. A.
1960	0,46	1,38	0,10	0,11	0,58	0,95
1965	3,07	3,22	k. A.	k. A.	5,30	5,54
1970	2,14	2,81	k. A.	k. A.	0,01	0,02
1975	1,00	1,90	5,30	0,60	k. A.	k. A.
1980	6,20	3,40	0	k. A.	k. A.	k. A.
1985	5,10	5,50	2,50	k. A.	k. A.	k. A.
1990	8,52	5,50	8,73	11,89	11,51	43,05

Jahr	UdSSR		Ungarn		Rumänien	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1950	0	0,20	0,50	2,40	0,30	2,60
1960	0,31	0,11	0,78	0,81	1,64	0,57
1965	0,59	0,36	5,61	4,58	1,95	2,74
1970	0,001	0,06	6,34	4,25	11,02	26,49
1975	0,10	k. A.	5,10	5,60	18,00	34,60
1980	0	0	2,70	11,00	34,90	48,50
1985	0,2	0	4,90	8,00	10,00	20,30
1990	4,79	18,43	21,14	25,13	18,51	22,48

k. A. – keine Angaben verfügbar

Berechnet nach: CBS: Statistical Abstract of Israel. Jerusalem; CBS: Foreign Trade Statistics. Imports and Exports. Jerusalem, Quartals- und Jahresberichte, verschiedene Jahrgänge; R. L. Allen, a. a. O., S. 80.

Tabelle 3: Außenhandel Israels insgesamt und Handel mit der DDR und mit der Bundesrepublik von 1950 bis 1990, in Millionen US-Dollar (Angaben gerundet)

Jahr	Gesamtaußenhandel Israels		Handel mit der DDR		Handel mit der Bundesrepublik	
	Export	Import	Export	Import	Export	Import
1950	35,1	302,0	k. A.	k. A.	0	3,9
1960	216,6	502,7	0,024	0,001	21,1	71,9
1970	778,7	1.462,0	0,019	0,256	66,7	174,9
1975	1.940,7	4.172,6	0,952	0,157	160,5	457,5
1980	5.537,5	7.994,7	0,114	k. A.	548,7	788,6
1990	12.079,8	15.325,5	0,451	0,139	711,9	1.794,0

Berechnet nach: CBS: Statistical Abstract of Israel; CBS: Foreign Trade Statistics, jeweils verschiedene Jahrgänge.